

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 26 (1985)
Heft: 23

Rubrik: Demokratie im Zweifrontenkrieg

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

osteuropäischen Intellektuellen stritten für diese «scheinbar hinfallige Idee», weil sie Bewohner des «gewaltigen eurasischen Kontinents und des einzigen Archipels sind, der Gulag heisst».

Der Schriftsteller Miklos Meszöly hat darauf hingewiesen, in Mittel- und Osteuropa herrsche eine «künstlich konstruierte Situation», und erinnerte an das Abkommen von Jalta 1945, aber auch an die Friedensverträge von Trianon und Versailles nach dem Ersten Weltkrieg mit ihrem «Mangel an Weisheit». Zur aktuellen Situation meinte er, es sei eine «selbstmörderische Illusion, die Humanisierung eines Gewaltsystems zu erwarten».

Mikos Haraszi, ein im ungarischen «Samisdat» hervorgetretener Autor, warnte vor dem um sich greifenden «Helsinki-Kitsch». Damit bezeichnete er Form ohne Inhalt, das Verdecken der wirklichen Probleme, ost-westliches Blabla auf Festbanketten und Pressekonferenzen. – Ferner führte er an, aus den Verhandlungen der Staaten über Kultur könne nur «Touristen-Kultur» entstehen – die dazu noch durch alle mögliche Filter gezwängt werde. Unter dem Schlagwort der «Annäherung der Kulturen» entstehe als Ergebnis eine «dirigierte Kultur».

Der in Paris lebende jugoslawische Schriftsteller Danilo Kis machte Bemerkungen zum Thema Zensur und Selbstzensur. Die Zensur verbirgt sich oft in pseudodemokratischen Einrichtungen. In Jugoslawien üben Redaktoren und Lektoren Zensur aus – und auch Schriftsetzer, welche sich weigern, einen nicht genehmten Text zu setzen. – Er wandte sich auch gegen die Selbstzensur, da diese der negative Pol der schöpferischen Energie sei.

Der Exil-Tscheche Grusa kritisierte die Haltung vieler Intellektuellen des Westens mit den Worten: «Während es im Osten nur noch «enttäuschte Propheten» gibt, sind im Westen «die Wortverkäufer» am Werk.» Den westlichen Intellektuellen hielt Grusa vor, sie kritisierten die Verderbtheit des Westens gerade dort, wo sie am wenigsten zu suchen sei.

Während Csurka neue Ideen und neue Initiativen in Europa vermisst, äusserte sich François Bondy kritisch gegenüber neuen Ideen überhaupt. Den guten alten Ideen, wie der Habeas-Korpus-Akte, dem öffentlichen Schulwesen, der Menschenwürde, stellte er schlechte neue Ideen gegenüber, wie den Nationalismus, den Faschismus, den Rassismus, auch den realen Sozialismus.

Der von westlicher Seite vorgetragenen These, wonach Europa sich von den Supermächten lösen müsse, hielt ein Ungar entgegen: «Es gibt zwei Europa – eines, das von sowjetischen Truppen beherrscht wird, und ein zweites, das nicht von amerikanischen Truppen beherrscht wird.»

Und zuletzt brachte ein Ungar das Paradoxie dieser ungewöhnlichen Versammlung und vielleicht auch seines Landes auf die Formel: «Hoffnung der Hoffnungslosigkeit.» ■

Rudolf Friedrich

Demokratie im Zweifrontenkrieg

In der Auseinandersetzung zwischen der offenen Gesellschaft und dem Totalitarismus sind die westlichen Demokratien gezwungen, einen Zweifrontenkrieg zu führen. «Wir müssen um die notwendigen Einsichten in unseren eigenen Reihen ringen. Wir müssen sensibilisieren und aufrütteln, und weil es um etwas höchst Unbequemes und Unerfreuliches geht, ist das kein leichtes Unternehmen.» Schliesslich ist auch gegen die eigenen «Verharmloser» anzutreten, welche die grundlegende Dimension der Auseinandersetzung nicht erkennen. Wir müssen uns mit den «Ängstlichen» einlassen, die vor lauter Bedenken, die Gegenseite zu reizen, nicht mehr klar und eindeutig zu den eigenen Grundwerten zu stehen wagen. Wir müssen den «Einfältigen» entgegenreten, die glauben, mit Beschwichtigungen um den Konflikt herumzukommen.

In der Auseinandersetzung zwischen der freiheitlichen, offenen Gesellschaft, wie wir sie in den westlichen Demokratien kennen, und dem Totalitarismus sind die Demokratien zunächst einmal in der Rolle der Angegriffenen und müssen den Fehdehandschuh aufnehmen, wollen sie nicht ihr eigenes politisches Wertesystem allmählich aushöhlen lassen, bis es schliesslich nicht mehr tragfähig ist. Diese Auseinandersetzung darf aber nicht bloss defensiv geführt werden. Das Eintreten für die grundlegenden

Werte einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung muss ein aktives, offensives sein, das seine Ausstrahlung auch in den totalitären Herrschaftsbereich hinein hat.

Das gilt heute ganz besonders beim Einsatz für die Menschenrechte. Menschenrechte sind für jeden Totalitarismus nicht nur ein Störfaktor; sie führen ihn in einen unauflösbaren Zwiespalt hinein. Es ist von grosser Bedeutung, dass die Menschenrechte international überhaupt zum Diskussionsgegenstand, zum Problem geworden sind, und noch mehr, dass sie völkerrechtlich verankert worden sind. Die Unvereinbarkeit schon mit den elementarsten Menschenrechten ist eine der handgreiflichen Schwächen des Totalitarismus, die immer wieder offengelegt werden muss.

Der Begriff der Neutralität ist für die Schweiz fehl am Platze – in der geistigen und der ideellen Auseinandersetzung mit dem Totalitarismus. Die Neutralität bleibt allerdings als Mittel zur Wahrung der staatlichen Unabhängigkeit Leitlinie der schweizerischen Aussenpolitik. Es kann aber kein Zweifel bestehen, dass die Schweiz auf dem Boden der Demokratie steht und dass sie nur als freiheitliche Demokratie überhaupt denkbar ist. Der Einsatz für die tragenden Elemente dieses politischen Systems ergibt sich daraus mit zwingender Notwendigkeit. «Es geht dabei auch für uns um eine Existenzfrage.»

Auszug der Ansprache von alt Bundesrat Dr. Rudolf Friedrich, gehalten an der geschlossenen Fachtagung der Europäischen Konferenz für Menschenrechte und Selbstbestimmung (EKMS) in Verbindung mit dem Schweizerischen Ost-Institut (SOI). Die Fachtagung von Ende Oktober in Muri/Bern stand unter dem Thema «Die politische Bedrohung von Freiheit und Selbstbestimmung durch den Totalitarismus».

Einladung zum Abonnement

Zurücksenden an Administration ZeitBild, Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6.

Ich bestelle ein Jahresabonnement **ZEITBILD** zu Fr. 45.– (Ausland sFr. 50.–/DM 57.–).
Erscheinungsweise alle zwei Wochen.

Name Vorname

Strasse PLZ, Ort

Datum Unterschrift